

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1925

71 (12.2.1925) Morgenausgabe

Belegpreis drei ins-Daus halbmönl. 1.20 M im Verlag oder in den Zweigstellen abgeholt 1.30 M. Durch die Post monatlich 2.80 M einschließlich Zustellgeb.

Badische Presse

Neue Badische Presse

Handels-Zeitung

Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens.

Karlsruhe, Donnerstag, den 12. Februar 1925.

Eigentum und Verlag von: Dr. h. c. h. E. v. Bredow & Co. in Karlsruhe. Chefredakteur Dr. Walter Schneider. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. h. c. h. E. v. Bredow & Co. in Karlsruhe. Dr. h. c. h. E. v. Bredow & Co. in Karlsruhe. Dr. h. c. h. E. v. Bredow & Co. in Karlsruhe.

Keine Konferenz der Alliierten in London.

Ein Dementi des Quai d'Orsay. Veröffentlichung des Kontrollberichts in 5 bis 6 Tagen.

F.H. Paris, 11. Febr. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Auf dem Quai d'Orsay wurde heute abend erklärt, daß der Bericht der interalliierten Militärkontrollkommission in 5 bis 6 Tagen veröffentlicht werden würde. Ausdrücklich dementierte man aber die Nachricht, als ob wegen dem Bericht in London eine Konferenz stattfinden würde. Wegen der Veröffentlichung des Berichtes seien noch keine Beschlüsse gefaßt worden. Deutschland und Frankreich würden die Veröffentlichung wünschen, aber England wende sich dagegen.

Diese Erklärung des Quai d'Orsay, wonach in London keine Konferenz stattfinden soll, ist wohl auf eine heute abend veröffentlichte Neuermeldung zurückzuführen, wonach man in London es als durchaus ausgeschlossen erklärt, daß eine Konferenz in dieser Angelegenheit in London stattfinden würde. Es sei unmöglich, irgendeinen Beschluß über den Bericht der Kontrollkommission zu fassen, weil dieser den Alliierten noch nicht zugekommen sei. In London wurde gleichzeitig das Gerücht dementiert, als ob sich bei der Ueberreichung des Berichtes an die Alliierten Meinungsverschiedenheiten ergeben hätten.

Coolidge und Borah.

Die Rückgabe des deutschen Eigentums eine Frage der Ehre und der Anständigkei.

(Eigener Kabeleinstich der „Badischen Presse“.)

J.S. New York, 11. Febr. In Ergänzung der gestrigen amtlichen Erklärung des Präsidenten Coolidge mit Bezug auf den von Borah und Hoover beschlossenen Plan, das ganze im Krieg konfiszierte Eigentum restlos zurückzugeben, wurde heute in gut unterrichteten Kreisen ausgeführt, daß Coolidge stark von dem Wunsch befeuert sei, die traditionelle amerikanische Politik der Rückgabe des im Kriege eroberten Eigentums auch diesmal zu befolgen, jedoch hege der Präsident Zweifel darüber, ob es ratsam sei, das deutsche Eigentum zurückzugeben, bevor nicht Mittel und Wege geschaffen sind, um Sicherheiten dafür zu haben, daß Amerika aus dem Kriege kommende Ansprüche auch wirklich beglichen würden. Als diese Erwägungen des Präsidenten heute dem Senator Borah auseinandergesetzt wurden, brachte der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten seine eigene Ansicht in ziemlich scharfer Weise zum Ausdruck. Die Rückgabe des konfiszierten Eigentums, sagte Borah, ist lediglich eine Frage der Ehre und der Anständigkei. Sie hat absolut keinen Zusammenhang mit dem Problem, ob unseiner Ansprüche an Deutschland Genüge getan wird.

II. Rom, 11. Febr. (Drahtbericht.) Von den neuen Einheiten der 10 000 Tonnen Kreuzer-Division ist in der Orlandoverft in Ortona die Ausrüstung des Kriegsschiffes „Trento“ erfolgt, während das Schwesterschiff „Trieste“ demnächst von der gleichen Werft in Bau genommen wird.

Rund um den Barmat-Skandal.

Schwere Anschuldigungen gegen den Sozialdemokraten Kuttner im Preußenausschuß.

* Berlin, 11. Febr. (Zuspruch.) Am heutigen 10. Verhandlungstage des preußischen Untersuchungsausschusses für die Barmat-Kuttner-Kreditaffäre entstand zunächst eine Geschäftsordnungsdebatte über die Amisniederlegung des stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Deereburg (Duisb.), wobei die Deutschnationalen ausführten, sie sähen keinen Grund zur Amisniederlegung und würden Dr. Deereburg ersuchen, weiter sein Amt zu führen. Der Vorsitzende nimmt Dr. Deereburg gegen eine beleidigende Bemerkung des Zentrumsabgeordneten Schweig in Schutz. Abg. Dr. Baenig protestierte gegen die hiesiger Art der Verhandlungen des Ausschusses, worauf der Vorsitzende seiner Meinung dahin Ausdruck gab, daß es richtiger wäre, wenn er allein die Bernehmung zu führen hätte. Der Untersuchungsausschuß müsse auf seine Aufgabe beschränkt bleiben.

Zu einem neuen erregten Zwischenfall kam es, als der frühere „Vorwärts“-Redakteur Davidsohn als Zeuge vernommen werden sollte. Davidsohn protestierte zunächst gegen die Zusammenziehung des Ausschusses und erklärte, er würde die Aussage verweigern, da sich unter den Mitgliedern befundene Personen befänden. Trotz des Einspruchs des Vorsitzenden Dr. Ledig erklärte er weiter, daß der Abgeordnete Kuttner Vertreter der Interessen von Starz und Barmat und außerdem Mitglied des Untersuchungsausschusses sei. Abg. Kuttner erhob sich und verlangte Schutz vom Vorsitzenden. Die Kommunisten antworteten mit heftigen Gegenreden. Schließlich erklärte der Zeuge Davidsohn, daß er bereit sei, auf die Fragen des Vorsitzenden zu antworten, das Weitere müsse er sich vorbehalten. Darauf wurde in seine Bernehmung eingetreten.

In der Nachmittags-Sitzung verlas zunächst Abgeordneter Stoff namens der kommunistischen Mitglieder des Ausschusses eine Erklärung, die dem Abgeordneten Kuttner (Soz.) zum Vorwurf macht, daß er in seiner Eigenschaft als Vorwärts-Redakteur Verleumdungen über die Interessen von Barmat und Starz journalistisch gegen alle Angriffe, selbst aus der eigenen Parteileitung, vertrieben habe.

Kuttner habe in Rottbus 1920 zum Schutze der Republik von Starz 50 000 Mark zur unbeschränkten Verfügung erhalten, wodurch eine Spaltung im republikanischen Führerband eingetreten sei.

Ein Teil der Informationen, mit denen Kuttner im Untersuchungsausschuß operiert habe, komme direkt oder indirekt von Barmat.

Der Abg. Kuttner verteidigt sich lebhaft gegen die Vorwürfe Stoff's und Davidsohn's. Zeuge Davidsohn erklärt, daß sich Kuttner

Die Wirtschaftsverhandlungen auf dem toten Punkt.

Nach wie vor unüberwindliche Schwierigkeiten.

F.H. Paris, 11. Febr. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Heute fanden sich die Mitglieder der deutsch-französischen Abordnung, die über den Handelsvertrag verhandeln, zusammen. Es handelte sich um keine eigentliche Sitzung, sondern um eine Aussprache zwischen den beiderseitigen Delegationen, die aber nur zu der Erkenntnis führte, daß dem Abschluß des Handelsvertrages beinahe unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen.

Man mußte sich heute überzeugen, daß je mehr man spricht, desto größer die Schwierigkeiten werden und daß es desto schwieriger ist, eine Grundlage für den Abschluß des Vertrages zu finden. Staatssekretär Trendelenburg und Handelsminister Magnatby scheinen schon nach ihrer gestrigen langen Aussprache zu der Ueberzeugung gelangt zu sein, daß sie sich Neues nicht zu sagen hätten. Es scheint eben keine Einigung möglich zu sein. Infolgedessen fanden zwischen beiden heute keine Zusammenkünfte statt. Man hält es für wahrscheinlich, daß Trendelenburg das Reichskabinett und Magnatby den Ministerpräsidenten Herriot bitten wird, endgültige Beschlüsse zu fassen, von denen es abhängen wird, ob die Verhandlungen weitergeführt werden sollen oder, was in diesem Augenblick wahrscheinlicher ist, nicht. Die Schwierigkeit liegt natürlich darin, daß die Franzosen noch immer Deutschland Minimaltarife nicht zugestehen wollen.

Ein parlamentarisches Nachspiel zu den Prager Unruhen

Wüste Sturmjahren in der Kammer. — Kommunistische Abgeordnete werden von der Parlamentswache hinausgetragen.

j Prag, 11. Febr. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Die gestrigen blutigen Straßenkrawalle hatten heute in der Kammer ein für mich sehr interessantes Nachspiel. Es ereigneten sich unerhörte Sturmjahren, die mit zahlreichem, durch die Parlamentswache hinausgeworfenen Kommunisten, wüsten Handgemenge und Auszug der übrigen Abgeordneten endeten. Der stellvertretende Ministerpräsident Strifny wollte eine Erklärung der Regierung über die Maßnahmen gegen die Feuerung abgeben. Kaum hatte er das Wort ergriffen, als auf den Bänken der Kommunisten ein ohrenbetäubender Lärm einsetzte. Die Kommunisten arbeiteten mit herausgerissenen Faustbedeln, wobei eine Anzahl Bänke in Trümmer ging. Der Präsident mußte die Sitzung unterbrechen, die Parlamentswache marschierte auf, und nun wurden einige kommunistische Abgeordnete nacheinander trotz heftigen Widerstandes von den Ordnern hinausgetragen. Während dieser Räumung kam es auch zwischen Abgeordneten der Regierungsparteien und Kommunisten zu verschiedenen Tätlichkeiten. Diese wüsten Szenen spielten sich bei einem wahren Höllenlärm ab. Nach 20 Minuten war die Räumung beendet, worauf der Minister seine Erklärung abgeben konnte. Die deutschen Parteien waren bei diesen Szenen nicht im Hause anwesend.

Die sozialpolitische Debatte im Reichstag.

Dr. Wirth und Robert Schmidt rechtfertigen sich. — Siedlungswejen. — Sonstige soziale Maßnahmen.

m. Berlin, 11. Febr. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Das Beispiel des Abgeordneten Beder, von der Tribüne des Reichstages mit Anklagen in der Presse abzurechnen, hat rasch Anhänger gefunden. Am Mittwoch erhob sich sofort Herr Dr. Wirth, um sich mit verschiedenen rechtsstehenden Berliner Zeitungen heranzuschlagen, weil sie ihn mit dem Himmelsbach-Projekt in Verbindung gebracht haben. Herr Dr. Wirth versicherte, daß alle gegen ihn gerichteten Vorwürfe über ein Zusammenarbeiten mit der Firma Himmelsbach in irgend einer geschäftlichen Folgeangelegenheit in Deutschland unzutreffend seien. Soweit ist alles in Ordnung, obwohl ein Brief Dr. Wirth's ähnlichen Inhalts bereits an Gerichte gestellt worden und der Vorsitzende des Gerichtes von sich aus die Erklärung abgegeben hat, daß der Name Wirth überhaupt nicht genannt sei. Ob es aber zweckmäßig ist, derartige Erklärungen zu veröffentlichen und zu Moralpredigten über den Ton in der deutschen Presse zu benutzen, kann einigermassen zweifelhaft sein.

Der Abgeordnete Robert Schmidt von den Sozialdemokraten, der auch einmal Wirtschaftsminister war, machte das ebenso. Er beugte sich nicht mit einer Abwehr von Behauptungen, die ihn mit dem Barmat-Skandal in Verbindung bringen wollten, sondern ging ebenfalls zu Angriffen über und entrißte sich über die Kampfmethoden der rechtsstehenden Presse, selbstverständlich unter jubelnder Zustimmung der Sozialdemokraten.

Der Nationalsozialist Dr. Fria beantragt, sofort den Antrag der Staatsanwaltschaft auf Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Lange-Hegemann zur Beratung zu stellen. Die Leidenschaft, die sich daraufhin des Zentrums und der Sozialdemokraten bemächtigte, war schon dadurch berechtigt, daß ein solcher Antrag der Staatsanwaltschaft bisher nicht vorliegt, die Erregung, die dieser nationalsozialistische Antrag auslöste, spielte noch lange in den Wandelgängen fort.

Für das eigentliche Thema des Tages, Wohnungs- und Siedlungswejen, war im Hause selbst deshalb kein allzu großes Interesse. Herr Dr. David ist auf der Rednertribüne ein seitener Gast geworden. Er sprach für die Sozialdemokraten und forderte, daß die Großgrundbesitzer, alles was über je 3000 Morgen landwirtschaftlich benutzten Bodens ihnen gehört, an das Reich abtreten. Auch das Pachtverhältnis könnte zugunsten der kleinen Besitzer revidiert werden. Nur dadurch ließe sich der Wohnungsnot und dem Wohnungseld steuern. Schlagfertig antworteten die Deutschnationalen auf diese Angriffe. Sie warfen den Sozialdemokraten vor, daß sie für die Bauern nichts getan hätten, solange sie die Mehrheit hätten. Auch die Demokraten zeigten sich energisch für das Siedlungswejen ein.

Dann kommt man endlich zum letzten Kapitel des Arbeitstages: Sonstige soziale Maßnahmen, wobei Frau Zuchacz von den Sozialdemokraten sich über die soziale Fürsorge verbreitete. Frau Müller-Dixied von den Deutschnationalen empfiehlt vor allem die vorbeugende Fürsorge und fordert ein allgemeines Wohlfahrtsgesetz. Sie rühmt die Tätigkeit der Diakonissen und der Wohlfahrtsplegerinnen und fordert deren materielle Besserstellung. Die Fürsorgefälle sollten so erhöht werden, daß sie ein Existenzminimum bieten. Für die Deutsche Volkspartei lehnt Frau Dr. May die Ueberführung der Einrichtungen der privaten Fürsorge auf die Gemeinden oder den Staat ab. Die freie Hilfsstätigkeit müsse erhalten bleiben; die Schematisierung durch Staat oder Gemeinden wäre vom Uebel. Die angestellten Wohlfahrtsplegerinnen sollten besser gestellt werden. Rednerin beantragt Hilfsmassnahmen für die Fürsorgeempfänger, die durch die Inflation ihr Geld verloren haben. Abg. Frau Küders von den Demokraten verlangt, daß das Reich aufmerksam darüber wache, daß die Gemeinden über die Bestimmungen über die Fürsorgepflicht ausführen. Rednerin fordert, daß den Fürsorgeplegerinnen die Beamteneigenschaft verliehen werde. Frau Teusch vom Zentrum hat dringend, auf dem Gebiete der Fürsorge alle parteipolitischen Erwägungen auszuschalten. Die Rednerin empfiehlt, alle Anträge in einem Ausschuß zu behandeln.

Nach einer Mahnung des deutschnationalen Abgeordneten Humm an alle Parteien, angesichts des großen Elends zusammenzutreten, vertagte das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag mittag 12 Uhr.

Reichstag und Wohnungswirtschaft.

II. Berlin, 11. Febr. (Drahtbericht.) Im Wohnungsausschuß des Reichstages einigte man sich dahin, daß das gesamte Problem nicht einseitig vom Standpunkt des Mieters oder des Hausbesitzers, sondern als Problem des ganzen deutschen Volkes und des Ausgleiches zwischen den beteiligten Wirtschaftskreisen zu behandeln sei.

Aus dem Haushaltausschuß.

* Berlin, 11. Febr. (Zuspruch.) Im Haushaltausschuß des Reichstages bekämpfte bei Fortsetzung der Beratung des Etats des Reichsjustizministeriums der Zentrumsabgeordnete Schulte energisch jede Erleichterung der Eheheftung. Abg. Wunderlich (Dt. Vp.) forderte wegen der politischen Ueberlieferung eine Trennung des Reichsgerichts von dem Staatsgerichtshof. Der Etat des Reichsjustizministeriums wurde angenommen, außerdem ein volkspareilicher Antrag, der für die Ausbildung von Juristen im Auslande 120 000 M. fordert. Der Ausschuß vertagte sich darauf auf Freitag, den 13. Februar, mit der Tagesordnung: Auswärtiges Amt.

Abgelehnte Fassenfassungsanträge.

II. Berlin, 11. Febr. (Drahtbericht.) Der Reichstagsausschuß für die Geschäftsordnung lehnte nach längerer Aussprache die kommunistischen Anträge auf Haftentlassung und Einstellung der gerichtlichen Verfolgung gegen die kommunistischen Abgeordneten Hedert und Pfeiffer ab.

III. Wiesbaden, 11. Febr. (Drahtbericht.) Der kommandierende General der englischen Rheinarmee in Köln, General du Cane, hat in Köln, Kreuznach, Koblenz, Trier, Mainz und Wiesbaden die Kasernen besichtigt und festgestellt, daß nur nach Wiesbaden als Garnisonstadt für englische Truppen in Frage käme.

Der Reichskanzler in Stuttgart.

Stuttgart, 11. Febr. (Drahtmeldung unseres Berichters.) Reichskanzler Dr. Luther traf von München kommend gegen 1 Uhr nachmittags in Stuttgart an. Er wurde am Bahnhof vom Staatspräsidenten Baille und anderen Vertretern der württembergischen Regierung empfangen und begab sich sofort ins Staatsministerium, wo eine Reihe wichtiger Fragen, so das Aufwertungsproblem und die württembergischen Verkehrsverhältnisse besprochen wurden.

Um die neue preussische Regierung.

Dr. Marx will ein Kabinett auf breiter Grundlage bilden. — Die Fühlungnahme mit den Parteien.

Berlin, 12. Febr. (Zuspruch.) Der preussische Ministerpräsident Dr. Marx will, wie die „Telegraphen-Union“ aus parlamentarischen Kreisen des Landtags erfährt, zunächst versuchen, ein Kabinett auf breiter Grundlage zustandzubringen. Der Ministerpräsident hatte an die deutsch-nationale Volkspartei zu diesem Zweck eine Einladung zu einer Besprechung ergehen lassen.

Eine neue Staatsbankaffäre.

Berlin, 11. Febr. (Drahtbericht.) Die „Vossische Zeitung“ meldet: In der Preussischen Staatsbank ist eine neue Verfehlung eines Beamten aufgedeckt worden. Der Kassendirektor Triebel steht in dem dringenden Verdacht, bereits vor längerer Zeit wahrscheinlich nach Unter der Präfektur von Dombold, eine große Zahl von Industriobligationen und Staatsanleihen aus dem Kundentische der Staatsbank zurückgelassen zu haben.

Berlin, 12. Febr. (Zuspruch.) Die Mitteilung eines Abendsblattes über die Aufdeckung neuer Unregelmäßigkeiten bei der Staatsbank ist, wie der amtliche Preussische Pressedienst von der Preussischen Staatsbank erfährt, im wesentlichen richtig. Im Januar 1923 haben sich einige Beamte für befugt gehalten, ausgelagerte oder getilgte Wertpapiere gegen Zahlung eines Einlösungsbetrages an sich zu bringen.

Die Deutsche Akademie.

München, den 10. Februar.

Der Plan, in München eine Deutsche Akademie (D.A.) zu errichten, ist nach zweiwöchigen vorbereitenden Arbeiten zur Verwirklichung herangereift, so daß sie demnächst an die Öffentlichkeit treten kann. Der Plan entspringt dem Bedürfnis, in der Zeit tiefster nationaler Erniedrigung durch die Nation und mit der Nation eine geistige Organisation zu begründen, die einem freien deutschen Volkstum helfen will.

Mit dieser wissenschaftlichen soll eine praktische Abteilung Hand in Hand gehen, um die Idee ins Leben umzusetzen: Um die nationale Verantwortlichkeit durch völlig parteilose Einnahme auf die Heimat zu erwecken, um den deutschen Gedanken unter den Auslandsdeutschen zu fördern, um auf das fremdländische Kulturleben in deutschem Geiste einzuwirken, um das Deutschtum in den abgetrennten und gefährdeten Gebieten zu erhalten, um die gestörten wissenschaftlichen Beziehungen zum Auslande wieder aufzubauen zu helfen.

Der Prozeß Himmelsbach.

Vernehmung Schenks. — Angriffe gegen die bayerische Regierung.

M. Berlin, 11. Febr. (Drahtbericht.) Zu Beginn der heutigen Sitzung legten die Sachverständigen Herrn Himmelsbach eine Anzahl Fragen vor, deren wichtigste die war, ob die Firma Himmelsbach sich auch bewußt war, daß an sie aus den Coupesverträgen seitens des Deutschen Reiches Regreßansprüche gestellt werden könnten.

Die Firma Himmelsbach den Sinn der Verträge, nämlich die Erhaltung der deutschen Wälder durch ihre gewaltsamen Abholungen in das genaue Gegenteil verkehrt hätte. Auf eine Frage Fernbachs erklärte der Zeuge Schenk, daß seine eigene Gruppe nur so viel Holz geschlagen habe, als nach den Bestimmungen der deutschen Forstverwaltungen zulässig war.

R. A. Alsberg protestierte dagegen, daß seines Erachtens von Fernbach die Verhandlungen in die Länge gezogen würden. Es kam dann zu einem Frage- und Antwortspiel zwischen R. A. Becker und dem Zeugen Schenk. Später beteiligte sich auch Dr. Himmelsbach an den Auseinandersetzungen, die sich um die Bemühungen Müllers um Verträge mit den Franzosen drehten.

Bei der weiteren Vernehmung Schenks bekundete dieser über die viel umstrittene Verhandlung mit der bayerischen Forstkommision vom 24. März 1924, daß die Vertreter der vertragsschließenden Firmen Ministerialrat Mantel von dem Abschluß der Coupes-Verträge Mitteilung gemacht hätten, und daß Mantel dabei erklärt habe: „Gott sei Dank, dann haben Sie ja wenigstens etwas gerettet!“

Ich habe mich zwei Monate bemüht, die bayerische Regierung für die Rettung ihrer eigenen Wälder in der Pfalz zu interessieren, leider ohne Erfolg.

Im übrigen habe ich sofort nach Abschluß der Verträge einem hohen bayerischen Forstbeamten, dem Forstdirektor Schröder, genaue Mitteilung über den Inhalt der mit Frankreich getroffenen Kommandierungen gemacht, und er hat mich, ihn rechtzeitig ins Bild zu setzen, um die Holzentschläge stattfinden zu lassen. Schröder drückte seine Befriedigung aus, daß es den deutschen Firmen gelungen sei, wenigstens über die Frage des Holzumsatzes mit den Franzosen zu einer Verständigung zu gelangen.

Ich erkläre hier unter Eid, daß die bayerische Forstverwaltung, die sonst mit der Genur über unser Handeln sehr schnell bei der Hand war, nicht ein einziges Mal gesagt hat, wir sollten doch die Coupes-Verträge nicht abschließen.

Damals hat die bayerische Regierung sehr wohl die Opfer anerkannt, die wir durch die Verträge auf uns genommen haben, aber heute will sie diese Dinge nicht wahr haben. — Ministerialrat Mantel sehr erregt: Es ist doch so gewesen, daß wir bis dahin erreicht haben, daß die deutschen Holzindustriellen die Verhandlungen mit den Franzosen immer wieder hinauszögerten und darüber waren wir sehr glücklich. Denn wenn es gelungen wäre, die Coupesverhandlungen über den März hinaus zu verzögern, dann hätte kein einziger Baum mehr geschlagen werden müssen, und die Franzosen hätten ein ganzes Einschlagsjahr verloren. — Ostal Himmelsbach, ebenfalls sehr erregt: Sie wollen doch nicht etwa glauben, daß die Franzosen im Sommer die Bäume nicht auch heruntergeschlagen hätten? Das ist die echte Münchener Auffassung.

M. Rom, 11. Febr. (Drahtbericht.) Zur Deduktion der 800 Lire betragenden Zulagen an die italienischen Staatsbeamten sollen auch die Posttarife in Italien erhöht werden.

Die Mordpläne der Kommunisten

Die Aussagen des Angeklagten Neumann im Tscheka-Prozeß.

Leipzig, 11. Febr. (Drahtbericht.) Im Tscheka-Prozeß sagte der Angeklagte Neumann weiter aus, daß die kommunistische Organisation die Aufgabe habe, die Parteimitglieder zu überwachen und besonders Feinde der kommunistischen Partei Deutschlands zu erledigen. Unter „erledigen“ habe er töten verstanden. Auch beim Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und Thüringen habe er auf Anordnung von Stoblewsky

eine Organisation gegründet, deren erste Aufgabe die Erledigung des Generals von Seekt sein sollte. Es sei ihm ausdrücklich gesagt worden, daß eine Verwundung nicht genüge, er müsse getötet werden. Den Mitgliedern der Organisation seien 5000 Dollar zugelangt und 500 sofort ausbezahlt worden. Zunächst sei für die Ermordung von Seekt's eine Frist von drei Monaten angelegt gewesen, dann sei sie auf 14 Tage, bald sogar auf drei Tage verkürzt worden. Zur Ausführung sei der Mord nicht gekommen, da Brandler später erklärte, die Sache habe sich inzwischen erledigt, die Arbeiterchaft kümmere sich um das Verbot der kommunistischen Partei ohnehin nicht. Er (der Angeklagte) sei bei der Bildung der Gruppe auf die Partei mit folgender Formel verpflichtet worden:

Ich verpflichte mich bei meiner proletarischen Ehre, alle mir übertragenen Aufgaben pflichtgemäß auszuführen und erkenne an, daß Verrat mit dem Tode bestraft wird.

Im weiteren Verlauf seiner Vernehmung erklärte Neumann, daß er später von Hellmuth Kuttog erhalten habe, den Industriellen Stinnes zu erledigen.

Im Februar 1923 habe ein Organisationsleiter berichtet, wie er längere Zeit den württembergischen Minister Bolz habe beobachten lassen, um ihn zu erledigen. Nach den Aussagen Neumanns wurde ein Schriftstück verlesen, das in der Wohnung des Reichstagsabgeordneten Stöber gefunden wurde und in dem die Taktik der kommunistischen Partei Deutschlands als zu wenig aktiv kritisiert wird. Die Partei müsse die Massen zur Vorbereitung des bevorstehenden Aufstandes anfordern und Handgranaten ausgeben. Sie dürfe nicht nur den Massenterror, sondern auch den Individualterror propagieren. In einem weiteren Schriftstück wird gesagt, daß Spindel und Pronofaleure erledigt werden müßten. Der Vorlesende stellt fest, daß in der Beweisaufnahme jetzt ein gewisser Abschluß erreicht sei und nun auf die eigentliche Tätigkeit der Tscheka

eingegangen werden könne. Es trat dann eine kurze Pause ein. In der Nachmittags Sitzung wurde der Angeklagte Neumann eingehend über die Tscheka, die Terrorgruppe vernommen. Er gab an, daß die Gruppemitglieder von der Waffenteile mit falschen Pistolen und Ausweilen ausgestattet wurden. Sie erhielten ferner Miltärschulung und Munition. Die Geschosse wurden dann zu Dum-Dum-Geschossen abgefeilt. Auch Gift wurde bezogen und zwar handelte es sich um Ruhr- und Typhusbazillen, mit denen Verläufe an einem Kaninchen gemacht wurden. Auf Befragen erklärt der Angeklagte, daß er allerdings nie die Absicht gehabt habe, mit diesen Bazillen jemanden zu töten.

Am Schluß der heutigen Sitzung eruchte der Vorlesende die Verteidigung sich in der Stellung von Fragen möglichst zu beschränken, da sonst die Verhandlungen über bis acht Stunden hinaus beansprucht würden. Die Verhandlung wurde dann auf Freitag, normittags 9 Uhr vertagt. — Der Donnerstag ist stimmungsfrei da zwei der Angeklagten als Zeugen in einem Prozeß vor dem höchsten Senat des Staatsgerichtshofes vernommen werden sollen.

Laues-Anzeiger.

(Wiedererlebe im Theaterhaus.)

Donnerstag, den 12. Februar.

Kammerspieler: Die Fledermaus, 7-10 Uhr. Kammerspieler: Erich Schickel des Auf-Deutschen Theaters „Der blaue Vogel“, 8-10 Uhr. Kab. Aufführungsstellen: Von morgens 10 bis abends 10 Uhr; ab 8 Uhr Konzert. Solokunst: Varietevorstellung, 8 Uhr. Vokal: Monodramm „Kampanella“ im Winger-Concordiatel, 8 Uhr. Verein der Künstler: Kammerspiel „Der blaue Vogel“, 8 Uhr. Verein der Bühnen: Kammerspiel „Der blaue Vogel“, 8 Uhr. Kaffee: Großes Konzert, 9 Uhr.

Würmer sind Qualgeister

Im Erwachsenen, erst recht aber für Kinder. Wir rathen Ihnen, 125 Gramm flüssigen Natron-Extrakt zu kaufen, mit dem Erwachsene und Kinder über 5 Jahre eine Kur unternehmen. Dieser erhaltlich: Hof-Apothekes Kaffeehaus 20.

Fühlung genommen mit dem Erfolg, daß bis jetzt, wenn auch über gewisse Einzelfragen verschiedene Meinungen geäußert worden sind, die Notwendigkeit der Gründung anerkannt und Unterstützung zugesagt wurde. So ist die Hoffnung begründet, daß die zu errichtende Deutsche Akademie, die sich die Pflege des gesamten deutschen Kulturlebens zur Aufgabe setzt, durch den Willen des deutschen Volkes zum Wiederaufstieg eine nachhaltig wirksame Förderung erfahren, und daß ihr auch die finanzielle Kraft zuzufinden werde, deren sie bedarf um ihrer umfassenden für die Zukunft unseres Volkes reiche Frucht bringenden Arbeit gerecht zu werden.

Künftig hat der vorbereitende Ausschuss der Deutschen Akademie die Presse zu einer Beiratsversammlung eingeladen, in deren Verlauf die Universitätsprofessoren Gehrmann, Weisshäfer (Theolog), Gehrmann, Oden (Historiker) und Hausdörfer (Geograph) über die bisher geleistete vorbereitende Arbeit und über Zweck und Ziele der Akademie in eingehender Weise Auskunft gaben. Gift doch der nun 60 Jahre nach Leopold von Ranke's Beiträgen wiedererwachte Gedanke der Deutschen Akademie allen Deutschen, auch allen denen, die politisch oder geographisch vom Mutterlande abgetrennt, dennoch zu uns gehören.

Die feierliche Eröffnungssitzung der Deutschen Akademie ist für die Zeit der Eröffnung des Deutschen Museums im kommenden Mai in Aussicht genommen. Dr. Ed. Sch.

Esen Hedins und Ossendowski. Durch die deutsche Presse geht eine Nachricht, nach der der berühmte Forscher in gewissem Sinn seine Angriffe gegen Ossendowski wesentlich abgeschwächt habe. Das trifft, wie wir aus bester Quelle hören, nicht zu. Im Gegenteil: Unter dem Titel „Ossendowski und die Wahrheit“ erscheinen, in der der ganze Streit zu einer, man darf wohl sagen, endgültigen Klärung gebracht wird. Nicht eine Schwächung, eher eine Verstärkung der Angriffe ist dort zu finden, und die Aufsehen erregenden Behauptungen Hedins werden durch unüberlegliche Beweise gestützt.

Konzert des Instrumentalvereins Karlsruhe. Die Liebhaberorchester haben eine eigene, viel zu wenig beachtete Geschichte in der Tonkunst, die nun einmal des ausübenden Liebhabers nicht entbehren kann, wenn sie Volkssprache sein und bleiben will. Wir erkennen rückwärtig ein Aufblühen solcher Liebhaberorchester im 18. Jahrhundert, nachdem die kastenliche Repräsentationsorchester sich völlig überlebt hatte und die Kapellen der Höhe dem Volke völlig entfremdet waren. Dann gehen sie im 19. Jahrhundert merklich zurück und überlassen Konzertsapellen das Feld und treten um die Wende des 20. Jahrhunderts wieder stärker hervor, trotz der hoch gesteigerten Orchesterkunst, die vielerorts schon seit Jahrzehnten besteht.

rühmlichst bekannte Vereinigung dieser Art ist der Instrumentalverein in Karlsruhe, der nicht nur eine solide technische Schulung aufweist, dynamisch und rhythmisch ein einheitlich geregelter Spiel bringt, sondern sich auch ohne Hinzuziehung von Musikern an reichste Orchesterwerke wagen kann. Die Vortragsfolge zu dem gestern stattgefunden im Verein mit der Gesellschaft „Eintracht“ gegebenen Konzert brachte an erster Stelle die Ouvertüre zur Oper „Lucio Silla“ von Wolfgang Amadeus Mozart. Die Wiederbelebung dieser reizvollen Ouvertüre verdankt der Verein seinem verdienstvollen Bibliothekar Rudolf Höck, der Partitur und Stimmen in bester Qualität kopierte. Den Schluß bildete ebenfalls ein Werk von Mozart, die Jupiter-Sinfonie. Hier unterließen im Ambante einige unbedeutende Trübungen, wogegen die übrigen Sätze sehr schwingend und lebendig herauskamen. Die beiden Sätze aus einer Serenade für Streichorchester von H. Hofmann sind flüssig und im melodischen Ausdruck sehr gefällige Musik, die in der Romantik verfangen ist, und im ersten Satz auch Erinnerungen an Richard Wagner wachruft. Unter der bewährten Stabführung von Direktor Theodor Münz entfalteten die Streicher leuchtende Klangschönheit. Es ist ein alter köhner Brauch des Instrumentalvereins im Rahmen seiner Konzerte, jungen Solisten erstmals den Weg in die Öffentlichkeit zu ebnen. In Vina Holzwarth, aus der Schule der Kammerlängerin Frida Höck-Lechner, lernten wir eine begabte Sopranistin kennen. Zu der Arie der Tole Bergib mir edler Steger“ aus dem Oratorium „Herakles“ von G. F. Händel läßt die Sängerin nur über ein inneres Verhältniß zu gewinnen. Weit besser geriet die Lieber von Hugo Wolf und Hermann Goey. Die gut gekulte Stimme wurde hier von musikalischem Empfinden geführt, ließ angenehme Klangliche Eigenheiten erkennen und erreichte durch seelenvollen Ausdruck. Auf den reichen Beifall hin mußte die Sängerin, der wir in ähnlichen Veranstaltungen gerne wieder begegnen werden, eine Zugabe geben. Hermann Krieger führte die Begleitung mit musikalischen Feingefühl durch und rief dadurch wesentlich um einen Gewinn der Liebhaberorchester bei.

Kammerspieler. Das zweimalige Gastspiel des noch vom Vorjahre her bei unserem Theaterklub im besten Erinnerung stehenden Ruffisch-Deutschen Theaters „Der blaue Vogel“ wartet mit einem Programm auf, das mit seinen zwölf Nummern — außer der letzten (Vieraktigen) — hier noch nicht Darangebotenes bringt. Die beiden Vorkesseln — hier noch nicht Darangebotenes bringt. Die beiden Vorkesseln — hier noch nicht Darangebotenes bringt. Die beiden Vorkesseln — hier noch nicht Darangebotenes bringt. Die beiden Vorkesseln — hier noch nicht Darangebotenes bringt.

Nus Baden.

Kirchensteuerfragen im Haushaltsausschuß des Bad. Landtags.

Wie wir schon mehrfach berichtet haben, hatte die Deutsche Volkspartei im Landtag einen Antrag eingebracht des Inhalts, daß die Kirchensteuer für das Jahr 1924 insoweit un-

Ausbau der Rheinische Rheinfelder- und Bodensee.

Wie angekündigt, tagte vom 3.-6. Februar im Rathaus zu Baden-Baden unter dem Vorsitz des Präsidenten der badischen Straßen- und Wasserbaudirektion Dr. Fuhs die badisch-schweizerische Kommission für den Ausbau des Rheins zwischen Basel und Bodensee.

Große Genossenschaftsversammlung.

Den Auftakt zu erneuten genossenschaftlichen Arbeit gab der Verband bad. landw. Genossenschaften (Körperschaft), Karlsruhe in diesem Jahre durch seine in Karlsruhe, Heidelberg und Mosbach ab-

Zur Fleischversorgung von Baden und der Pfalz.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Ende vorigen Jahres wurde in pfälzischen Zeitungen mit harten Worten darüber geklagt, daß die badische Regierung den pfälzischen Metzger den Ankauf von Vieh in den

badischen Ortschaften untersagt habe, obwohl die badischen Metzger ungehindert auch in pfälzischen Ortschaften Vieh kaufen dürften.

Um diese von vornherein als zweifelhaft erscheinende Behauptung aufzuklären, hat der Verein zur Förderung des badisch-pfälzischen Verkehrs durch Erstellung einer festen Rheinbrücke bei Marau auf

Die gegen die badische Regierung erhobenen Vorwürfe sind hiernach unbegründet und wohl auf eine Unkenntnis der Reichsverordnung vom Jahre 1923 zurückzuführen.

Malsh (Amt Ettlingen), 10. Febr. (Gemeindepolit.)

Dieser Tag ging durch die Presse die Notiz, daß der Bürgerausschuß Malsh den Voranschlag für 1924/25 abgelehnt habe und dadurch die Gemeindeverwaltung mit den Wirtschaftsmitteln vorläufig auskommen

Mannheim, 11. Febr. (Drohender Bierkrieg.)

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund teilt mit, daß die Verhandlungen, die zwischen den Brauereien und den Wirten einerseits und den

Offenburg, 10. Febr. (Deffentliche Veranstaltungen.)

Die Offenburgere Veranstaltungen für das Jahr 1925 wurden in einer vom Stadtrat einberufenen Konferenz besprochen. Man kam dabei überein, daß der Anregung der Regierung, in diesem Jahre in

Orientaler Sängergaues vorgetragen werden, sondern daß jede Klasse (also einjäger Volksgefang, erwachsener Volksgefang) eigene

Freiburg, 11. Febr. (Feuer.) Heute nacht brach in dem Schuppen der hiesigen Firma Meyer Söhne in der Schönwiesstraße

Altenlauburg, 11. Febr. (Verunfallt.) In Zürich in der Maschinenfabrik Eber & Wöh verunfallte letzter Tage infolge

Berichtszeitung.

Karlsruhe, 11. Febr. Vor der Ersten Strafkammer als Berufsinstant, wurde heute Vormittag die Berufungssache des Vorsitzenden der hiesigen Schuhmachervereinigung Theodor Koeber

Wirtschaftliche Mitteilungen.

Zum Großhändler in Vöhrd. In geradezu erschreckendem Maße werden sich in letzter Zeit die Fälle, in denen Feuer verheerend

Dixin Henkel's Seifenpulver ist sparsam im Gebrauch und von ausgezeichneter Waschwirkung.

Freiwillige Versteigerung eines neuen Familien-Hauses Am Dienstag nachmittags 3 Uhr findet eine

Amliche Anzeigen Auf- und Brennholz-Versteigerung des Postamts Oberheim am Samstag, den 14.

Marmeladen u. Konfitüren Wir haben noch einen Restbestand an

Auto neu oder gebraucht und gut erhalten, 4 Personen, bis 8 St. P.

Preis-Abschlag! Prima Stopfgänse Gänsejeli, Gänsefilet

Hauspäne solange Vorrat pro St. M. 1.-

M. Notheis & Sohn liefern prompt und billig Kohlen, Koks Briketts, Holz

Damen-Beinleid (Amu arisch) nachmachende Neuhaut

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, 12. Februar 1925.

Kettenbriefe.

Der Anfang der sogenannten Kettenbriefe scheint verschiedenen Zeitungsmedien nach zuerst lüppig ins Kraut zu schießen. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Kettenbrief für das Glück! Mein altes Gebet! Herr erlöse uns vom Uebel und lasse es uns wohlgehen. Dieses Gebet kommt von Jerusalem. Wer es erhält, der soll es jeden Tag einem anderen schicken, neun Tage lang. Wer es nicht tut, wird vom Unglück verfolgt werden. Wer die Kette nicht löst oder zerbricht, der wird am neunten Tage eine große Freude haben und wird vom Unglück befreit. Schreiben Sie dies bitte ab und schicken Sie es Menschen, denen Sie Glück wünschen. Zählen Sie neun Tage und Sie werden eine große Freude erleben. Zerbrechen Sie die Kette nicht, denn wer sie zerbricht, wird unglücklich sein. Die Kette ist von einem amerikanischen Offizier angefangen und soll vierundzwanzigmal um die Erde gehen. In Sie es so ort nach Empfang dieses Schreibens und ehe vierundzwanzig Stunden vergangen sind und Sie werden Glück haben.

Wir treuen dem gesunden Sinn der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung zu, daß sie solche Wüste dem Feuer überantwortet oder als Dokument religiösen Aberglaubens aufbewahrt, niemals aber neugierig abstricht und weiterschiebt. Wer Geld übrig hat, das die Verfertigung dieser bösen Kartenbriefe kostet, wende es einem wohltätigen Zweck zu, er handelt damit unendlich mehr wohlgeliebter und vernünftiger, als wenn er zur Verbreitung eines Aberglaubens beiträgt, wozu höchstens die Postkasse ihre Freude haben kann. Die Nachahmung der Kettenbriefe ist ein Ausfluß des amerikanischen Sektensystems, eine ziemlich einfältige Spekulation auf abergläubische Furcht und Beschränktheit der Menschen.

Der Verein Karlsruher Ärzte hat den Staatspräsidenten und Minister des Kultus und Unterrichts, Professor Dr. Hellpach, in Erfüllung einer Dankpflicht für die vielen Verdienste, die er sich um die Karlsruher Ärzteschaft wie um den ganzen ärztlichen Stand erworben, zu seinem Ehrenmitglied ernannt.

Die Anstaltsverteilung auf Bahnhöfen ist neu geregelt worden. Es stehen hierzu geschulte Beamte zur Verfügung, Führer, Bahnhofsbeamte, Aufsicht- und Zugbeamte, außerdem die Fahrkartenausgaben und besondere Anstaltsstellen. Auf größeren Bahnhöfen tragen die Anstaltsbeamten gelbe Armbinden mit Aufschrift Anstalt.

Einführung der 24 Stundenzeit im Eisenbahnverkehr. Nach einer Berliner Wittermeldung beabsichtigt die Reichsbahnverwaltung, in absehbarer Zeit, dem Beispiel anderer Länder folgend, im Eisenbahnverkehr die 24 Stundenzeit einzuführen.

Weiterbildungsturse für gewerblichen Unterricht. In der Zeit vom 15. April bis 6. Mai werden an den Gewerbeschulen Konstanz, Freiburg, Karlsruhe und Heidelberg Weiterbildungsturse für Lehrer an gewerblichen Fortbildungsschulen abgehalten werden. Die Kurse erstrecken sich auf den Fachlehrenunterricht der Holz- und Metallgewerbe. Hauptamtlich an gewerblichen Fortbildungsschulen tätige Lehrer werden zunächst berücksichtigt und gegebenenfalls der ihrem Anstellungsamt nächstliegenden Gewerbeschule zugewiesen. Gebühre um Zulassung sind spätestens bis 1. März beim Unterrichtsministerium einzureichen.

Polizei und Verkehr. Die Freie Vereinigung für Polizeitechnik, die Karlsruhe, veranstaltete dieser Tage im Gymnasium mit den Polizeidirektionen, Stadtverwaltungen und Verkehrsvereinen in verschiedenen größeren Städten Badens Vorträge über moderne Verkehrsmethoden, wobei besonders auf die Verkehrsgesfahren unter Berücksichtigung der Belange auch der Schulen hingewiesen wurde. Als Redner hatte sich der Freie Vereinigung Polizeihauptmann Soal-Berlin zur Verfügung gestellt.

Internationale polizeitechnische Ausstellung Karlsruhe 1925. Für die internationale polizeitechnische Ausstellung, die vom 7. bis 21. Juni ds. in Karlsruhe stattfinden, ist bereits eine große Anzahl von Anmeldeungen eingegangen. Neben der preussischen und der badischen Polizei wird sich auch die bayerische Polizei offiziell beteiligen. Ebenso hat die Reichsbahngesellschaft ihre Beteiligung, soweit ihre Belange in Betracht kommen, zugesagt. In das Ehrenpräsidium der Ausstellung sind mit dem badischen Staatspräsidenten und den badischen Ministern, der Präsident des badischen Landtags, den Oberbürgermeister von Karlsruhe sowie der Rektor der Technischen Hochschule eingetreten.

Konkularische Vertretung Oesterreichs. Die österreichische Regierung hat den Leiter des österreichischen Konsulats in Mannheim, Herrn Ernst August Bodenheimer, zum Honorar-Generalkonsul ernannt. Nachdem nach das Reich das Exequatur erteilt hat, ist Generalkonsul Bodenheimer zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen erneut zugelassen. Der Amtsbezirk des Konsulats in Mannheim bleibt unberührt.

Staatsprüfungen. Das Badische Ministerium des Kultus und Unterrichts veröffentlicht in dem neuesten Amtsblatt die Bestimmungen über die Staatsprüfungen für den mittleren technischen Dienst in der Elektrotechnik, im Maschinenwesen, im Tiefbauwesen und im Hochbauwesen.

Dienstprüfung der Fortbildungsaushelferinnen. In der Zeit vom 30. März bis 4. April findet in Karlsruhe eine Dienstprüfung für Fortbildungsaushelferinnen statt. Zugelassen zu dieser Prüfung werden solche Elementarlehrerinnen, welche die Bedingungen der Verordnung über die Dienstprüfung der Volksschulkindern erfüllen und außerdem die Fortbildungsaushelferinnenprüfung abgelegt haben und mindestens ein Jahr an einer nach den gesetzlichen Bestimmungen eingerichteten Mädchenfortbildungsschule tätig waren.

Der Bund der Kaufmannsjugend im D. S. A., der die männliche Jugend des kaufmännischen Berufsstandes auf nationaler Grundlage sammelt, um sie in ihrer Entfaltung zu fördern, Kaufmann und Volksschüler zu fördern, hat, wie uns geschrieben wird, im vergangenen Jahre verschiedene Grenzlandausflüge — und -fahrten veranstaltet. In diesem Jahre ruft er zum zweiten Reichsjugendtag auf, der vom 20. bis 22. Juni in Heidelberg stattfinden soll. Die Tagung wird von der Arbeit jungen, die dieser Bund, als Glied des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes bewußt auf nationaler und berufständischer Grundlage stehend als erste Voraussetzung der Erneuerung und Befreiung unseres Volkes betrachtet. Anschließend an die Tagung werden die im Vorjahre mit gutem Erfolge begonnenen Lehr- und Wanderfahrten des Bundes weiter durchgeführt.

Voranzeigen der Veranstalter.

Bitterklub Karlsruhe (gegr. 1887). Auch in diesem Jahre wird der Bitterklub Karlsruhe es nicht veräumen, seinen Mitgliedern und deren Freunde einen abwechslungsreichen karnevalistischen Abend zu bieten. Unter dem Motto: 'Babnenweib' des Bitterklubs 'Kimmerlingen', wird das diesjährige Kostümfest am Samstag, den 14. Februar, abends 7.30 Uhr, in den Sälen des 'Kalmengorens' stattfinden. Das sehr reichhaltige Programm bietet Gewähr für einige recht veranlagte Stunden. Colossien. Nur noch einige Tage läuft das ausgezeichnete Februar-Partieprogramm, um dann ab 16. ds. Mts. einer großen Faschings-Resone Platz zu machen. Die Vorarbeiten hierzu sind in vollem Gange. Saiten, Gitar und Ballet sind fleißig im Proben, die Liedergruppen, die sich lebensmünderweise an der Auskultung betätigen, sind bestrebt, das Beste in ihrer Branche zu bieten. Die Revue selbst besteht aus 'Anekdota' und wird in bunter abwechselnder Reihenfolge

Korvulenz macht alt, verursacht die Körperformen und ist auch ungesund. Wir raten Korvulenz und allen zum Starwerden Veranlagten, in der Apotheke echte Toluba-Perne, 80 oder 60 Gramm, zu kaufen und damit gerade jetzt im Winter, wo der Körper von Natur aus eine besondere Relanza zum Anlauf setzt, eine Kur vorzunehmen. Toluba enthält abdringende Stoffe, die das Herz anregen. Sofern in anderen Apotheken nicht erhältlich, schie: Hof-Apothek, Kaiserstr. 201, Stadt-Apothek Karlsruhe 12.

Protestkundgebung gegen das Besoldungssperregesetz.

Karlsruhe, den 12. Febr. 1925.

Der Verband der Gemeindebeamten Badens hat seine Mitglieder von Karlsruhe und Umgebung in den Saal des Friedrichshofs in Karlsruhe eingeladen, um in einer nachfolgenden Protestkundgebung gegen das Besoldungssperregesetz Stellung zu nehmen. Anlaß hierzu gibt eine Denkschrift des Reichsfinanzministers, in der der Standpunkt vertreten wird, daß das Besoldungssperregesetz weiter in Kraft bleiben müsse.

Nach Begrüßung der aus allen Gemeinden des Landeskommissarbezirks erschienenen Beamten durch Herrn Bauoberinspektor Hermann Müller, Karlsruhe, nahm der Vorsitzende der Ortsgruppe Karlsruhe des Verbandes der Gemeindebeamten, Herr Verwaltungsoberinspektor Böhringer, das Wort. Er führte u. a. aus:

Bei Schaffung des Sperregesetzes sei beabsichtigt gewesen, ein kurz befristetes Ausnahmegesetz zu erlassen, während das Reichsfinanzministerium heute auf dem Standpunkt stehe, eine Dauermaßnahme aus dem Sperregesetz zu machen. Die innere Begründung zu dem Sperregesetz fehle, da die Eingruppierung der Kommunalbeamten in ihrer Gesamtheit nicht günstiger geregelt sei als die der Reichsbeamten. Dies ergebe sich aus einer Uebersicht für den Staat Preußen im Vergleich zu den Reichshöhebeamten. Nach der amtlichen Statistik seien in Preußen in den Besoldungsgruppen I—III 9,40 Proz. Reichsbeamte, dagegen 21,87 Proz. Kommunalbeamte, in den Gruppen IV—VI 52,01 Proz. Reichsbeamte, 42,54 Proz. Kommunalbeamte, in den Gruppen VII—IX 31,36 Proz. Reichsbeamte, 28,12 Proz. Kommunalbeamte, in den Gruppen X und höher 7,23 Proz. Reichsbeamte und 7,47 Proz. Kommunalbeamte eingestuft. Angesichts dieser Tatsachen, die in den übrigen deutschen Ländern kaum ungünstiger, zum Teil noch wesentlich günstiger ausfallen, seien die Eingriffe des Reichs in die Länderhoheit und in die Selbstverwaltung der Gemeinden nicht zu verantworten. Der Redner verweist sodann darauf, daß der jetzige Reichsfinanzminister in dem von ihm und Oberbürgermeister Klaffitz herausgegebenen Buche 'Die Zukunftsaufgaben der deutschen Städte' in einer Abhandlung 'Die Stadt als Teil des neuen Staates' folgenden schrieb:

In diesem Zusammenhang muß mit Schärfe betont werden, worin ich übrigens mit Koch (Reichsminister a. D. Koch, M. d. R.) völlig einig bin, daß die Gemeinden Einrichtungen der Länder und nicht des Reiches sind. Deshalb muß jede Art von Reichsaufsicht über die Gemeinde, die jetzt teils eingeführt ist, teils sich eingeschlichen hat, beseitigt werden.

Diese Haltung des Gemeindepolitikers Luther rechtfertige sich nicht mit der Vorlage des Kabinetts, das Sperregesetz um 2 Jahre zu verlängern.

Der Redner erwähnt sodann die Beschlüsse der Nationalversammlung vom Jahre 1920, die Bemühungen des Reichsfinanzministeriums vom Jahre 1922, in dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes das Sperregesetz zu verewigen, die Stellungnahme des Reichstags vom April 1923, der eine Vorlage des Reichsfinanzministeriums um Verhängung des Sperregesetzes mit eingehender Begründung abgelehnt hat, weil er auf dem Standpunkt stehe, daß die Ueberwägung der Besoldungsordnungen gegenüber den Gemeinden der Länderregierung unterliege, da es dem Reichsfinanzminister praktisch unmöglich sei, in den 50 000 Gemeinden eine Nachprüfung aller Besoldungsordnungen vorzunehmen und dies einen Schwerezustand verursachen würde, der sachgemäß die Gemeindebeamtenhaft in Atem halten müsse.

Der Redner kam sodann auf die Art der Durchführung des Sperregesetzes durch den Reichsfinanzminister, der diese von ihm zurückgegangenen Verfügungen aufgrund des Ermächtigungsgesetzes ohne Zustimmung des Reichstags nunmehr in das Gesetz heringebracht habe, zu sprechen und erwähnte, daß vom grünen Tisch des Reichsfinanzministeriums aus sowohl der Feldhüter als auch der Oberbürgermeister einer Städteordnung mit dem gesamten Beamtenapparat beauftragt werde, daß der Reichsfinanzminister in Baden allein etwa 50 Besoldungsordnungen der Gemeinden mit Hunderten von Beamten behandeln habe und gegen die Besoldung das Reichsschiedsgericht anrufe, ohne überhaupt in der Lage zu sein, die Vertikale auch nur einigermaßen würdigen zu können. Dieser untragbare Zustand könne von der Beamtenhaft nicht länger hingenommen werden.

Auch Mannheim falle unter diejenige Städte, aufgrund deren Verhältnis der Reichstag das Sperregesetz verlängern soll. Der Reichsfinanzminister spricht von 6 Beamten in Einzelgehältern, 17 Beamten in Gruppe XIII, 20 Beamten in Gruppe XII, 54 Beamten in Gruppe XI und 127 Beamten in Gruppe X, während tatsächlich 3 Beamte Einzelgehälter besitzen, 14 Beamte in Gruppe XIII, 17 Beamte in Gruppe XII, 43 Beamte in Gruppe XI und 82 Beamte in Gruppe X sind. Da Mannheim als einer der größten Binnenhäfen Europas und als eine Stadt von historischen Traditionen auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaften verschiedene Einrichtungen unterhalten muß, die in anderen Städten vom Staat unterhalten werden, und eine Reihe großer Betriebe hat, ergibt eine Zusammenfassung, daß nach der reinen Verhältnismäßigkeit zu vergleichen sind: 34 Beamte in Gruppe X, 20 Beamte in Gruppe XI, 14 Beamte in Gruppe XII und 10 Beamte in Gruppe XIII, wobei unter den 14 Beamten in Gruppe XII allein 11 Bezüge in den höchsten Krankentatbeständen sind. Die Zahl der vergleichbaren Beamten in den Gruppen X—XIII beträgt jedoch 67 und nicht wie in der Denkschrift des Reichsfinanzministers 224.

Die Tendenz, die aus der Denkschrift spreche, gehe wohl am meisten hervor aus folgender Bemerkung:

„Eine Stadt im rheinischen Industriegebiet von noch nicht einer halben Million Einwohner gewährt ihrem Oberbürgermeister ein Gehalt von 44 000 M., ein Gehalt, das das des Reichsanzlers etwa 50 v. H. übersteigt.“

Wiederhole dem Besauer Bilder vor Augen führen, die nicht nur einen schanden, fröhlichen Durm durchstößt, sondern auch dem Auge etwas Wertes bieten werden in Bezug auf Arrangement. Auch die Ergebnisse des Tages 'Wovon man spricht' und in protestar Form in einem Wille festgehalten und werden bestimmt ihre Wirkung nicht verfehlen.

Turnen + Spiel + Sport.

Vorrunde um die badische Handballmeisterschaft.

Phönix Mannheim — Polizeisportverein Karlsruhe 1:1 (1:1).

Der Polizeisportverein Karlsruhe weiste am Sonntag zum fünften Verbandsspiele in Mannheim und spielte gegen den Meister von Unterbaden, Phönix Mannheim. Da diese Mannschaft bei den diesjährigen Verbandsspielen bis jetzt noch kein Spiel verlor, war man auf den Ausgang dieses Treffens sehr gespannt, sollte es doch auch gleichzeitig ein Wertmesser für die Leistungsfähigkeit des Karlsruher Bezirks sein. Der Polizeisportverein hat hier die Meisterhaft erungen. Der Spielverlauf war kurz folgender: Polizeisportverein hat Platzwahl und spielt zunächst mit dem Wind. Das Spiel geht sofort mit außerordentlich scharfem Tempo ein. Polizeisportverein kann Phönix in seine Hälfte zurückdrängen. Das Spiel und das Fangen beim Polizeisportverein ist musterhaft. Ebenfalls jedoch ist die Mannheimer Verteidigung. Vor allem der rechte Verteidiger arbeitet sehr gut. Immer wieder nimmt er dem Ballbesitzer die Bälle weg und gibt sie seinen Stürmern vor, die sie jedoch gleich wieder an die guten Läufer und Verteidiger der Polizei verlieren. Zunächst kann der Polizeisportverein seine Ueberlegenheit nicht in Toren ausdrücken, da der Phönix-Torwächter auch die gefährlichsten Sachen hält. In der 15. Minute jedoch spielt sich der Linksaußen auf durch und unbalbar schießt der Schuß im Tor, 1:0 für Polizei. — Auch weiterhin bleibt Polizei in Front. Phönix Mannheim kann während der ersten Halbzeit nur 3—4 Schüsse auf das gegnerische Tor machen, wozon allerdings auch einer in der 25. Minute zum Ausgleich verwandelt wird. Mit 1:1 werden die Seiten gewechselt. Dieses Handballspiel entspricht nicht dem Spielverlauf, da während der ganzen Zeit die Polizei weit überlegen war.

Nach Wiederantritt ändert sich das Bild vollkommen. Phönix Mannheim zeigt sich daran, was der Sieg zu erringen, während der

Bei dieser Stadt von noch nicht einer halben Million Einwohner (womit wohl ihre nicht erhebliche Bedeutung charakterisiert werden soll), handle es sich um die Stadt Ejen, die kurzlich an die Stelle des bisherigen Reichsfinanzministers, nammentlichen Reichsfinanzlers Dr. Luther den jetzigen Staatssekretär Braut gewählt hat, der damit in die Bezüge seines Vorgängers eingetreten ist.

Der Redner verweist sodann darauf, daß das Reichsfinanzministerium als Grund für die Beibehaltung des Sperregesetzes die Buzuhigung der Beamten und die daraus angeblich abgeleitete Buzorgnis vor Erhöhung der Reichsausgaben sowie die Belastung der ihre finanzielle Leistungsfähigkeit noch nicht richtig überblickenden Gemeinden anführt. Es sei in der Regierungsbegründung verhängen, daß die Spitzeorganisation der deutschen Beamtenhaft und zwar sowohl der Deutsche Beamtenbund, in dem rund eine Million deutsche Beamte aller Verwaltungen des Reichs, der Länder und Gemeinden zusammengefaßt sind, als auch der Allgemeine Deutsche Beamtenbund erst in allerlehter Zeit zu wiederholten Malen einstimmig die Beseitigung des Sperregesetzes verlangt haben und daß die Gesamtbelastung durch Personalausgaben, insbesondere auch das Anwachsen der Personalausgaben seit der Vorkriegszeit, im Vergleich zu den gleichartigen Reichsausgaben das Fortbestehen des Besoldungssperregesetzes nicht rechtfertigt. In den gegen 1914 vergleichbaren Reichsverwaltungen haben laut den Reichsausgabenplänen die Personalausgaben 1914 trotz der Verminderung des Reichsgebietes und der Reichseinwohnerzahl eine Steigerung in der Reichshöheverwaltung erfahren. Wozu auch dieser Vergleich mit den Reichsbeamten halten die Gemeinden stand. Ganz untragbar aber für die Gemeindebeamtenhaft sei die Rechtsunsicherheit, welche sich aus dem Besoldungssperregesetz ergibt. Die 250 000 Gemeindebeamten Deutschlands müssen endlich aus der Ungewißheit hinsichtlich der Besoldungsregelung erlöst werden. Das Damoclesschwert des zeitlich unbegrenzten Einpruchs und Abänderungsrechts dürfe nicht dauernd über ihnen schweben.

Am Schluß seiner Ausführungen legte Herr Böhringer der Versammlung eine Entschließung folgenden Inhalts vor:

„Die badische Gemeindebeamtenhaft verurteilt das Vorgehen des Reichsfinanzministers zur Verewigung des Besoldungssperregesetzes als das Entschiedenste. Die Denkschrift des Reichsfinanzministeriums, welche in tendenziöser Entstellung alle Angriffe der letzten Jahre gegen die Gemeindebeamtenhaft als amlichsche Beweismaterial verwerlet, und die von unzulässigen Verallgemeinerungen und sachlichen Unrichtigkeiten krost, gibt die Gemeindebeamten Deutschlands der öffentlichen Verfolgung preis. Diese Wirkung wird durch die Veröffentlichung der Denkschrift im Reichsbesoldungsblatt, für welche der derzeitige Reichsfinanzminister verantwortlich ist, verstärkt. Angesichts der Einmütigkeit, mit der die großen Verbände der Städte und der Beamten, die Landparlamente und die großen Parteien des Reichstags das endgiltige Verschwinden des Besoldungssperregesetzes fordern, muß die deutsche Selbstverwaltung die Aktion des Reichsfinanzministers als einen Akt der Ueberwältigung durch eine unzulässig arbeitende Reichsbürokratie empfinden. Die deutsche Gemeindebeamtenhaft muß diese Denkschrift als einen neuen schweren Schlag gegen ihre Rechtsicherheit betrachten.“

Die badische Gemeindebeamtenhaft fordert ihre Spitzenorganisation auf, die unwahren Behauptungen und tendenziösen Entstellungen in der Denkschrift des Reichsfinanzministers zu widerlegen und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Oeffentlichkeit von der Unzumutbarkeit der Erhaltung des Besoldungssperregesetzes und der verkehrlichen Wirkung desselben aufzuklären.

Sie ermahnt von den Organisationen der badischen Städte und Gemeinden, daß sie sich im Interesse der Gemeinden gegen die Aktion des Reichsfinanzministers energisch zur Wehr setzen.“

An der Versammlung nahmen auch die Landtagsabgeordneten Weismann (Soz.) und Amano (Zentr.) teil. Die anderen Parteien hatten sich entschuldigen lassen, da im Landtag zu gleicher Zeit eine wichtige Kommissionssitzung stattfand. Auch von auswärtigen hatten sich viele Gemeindebeamte eingefunden. Die Ausführungen des Referenten erregten in dem überfüllten Saal zum Teil heftige Entrüstungsbildungen gegen den Verfasser der Denkschrift des Reichsfinanzministeriums. Das war besonders der Fall, als der Redner die Behauptung aufstellte, daß die Denkschrift von falschen Angaben nur so wimmle und daß 80 Prozent aller statistischen Angaben an der Wahrheit vorübergehen. Die Meinung des Redners, daß die tendenziösen Entstellungen der Tatsachen in der Denkschrift sich würdig anreihen an die skandalösen Vorgänge in der deutschen Wirtschaft, fand lebhafteste Zustimmung. Scharfe Entrüstung fand auch die Feststellung des Redners, daß das Reichsfinanzministerium alle Reichsfinanzbeamten aufgefordert habe, überall nachzuforschen, wo Gemeindebeamte höher eingestuft seien. (Zurufe: Spiegelschreiber!)

Es waren harte Worte und Sätze, die von dem Redner gegen das Reichsfinanzministerium geprägt wurden. Herr Böhringer wies aber darauf hin, daß seine Angriffe nicht etwa als Entgelten eines Redners, sondern Ausdruck einer nur zu berechtigten Entrüstung aller Gemeindebeamten sei. Leute, die eine solch engstirnige Denkschrift verfaßten, und in allen Amtsstuben verbreiten lassen, hätten die moralische Qualifikation zur Bekleidung eines Amtes im Staatsdienst, das doch auch die Aufgabe habe, die Staatsautorität zu schützen.

Die vorgeschlagene Entschließung wurde einstimmig angenommen. Weiter wurde beschlossen, ein Telegramm an den Reichsbesoldungsminister abzugeben, in dem die Forderung erhoben wird, das Besoldungssperregesetz unverzüglich aufzuheben.

Eine weitere Aussprache fand nicht statt.

Polizeisportverein, der sich in der ersten Spielhälfte zu sehr ausgegeben hat, einen etwas müden Eindruck macht, und auch das genaue Auspiel der ersten Halbzeit vermissen läßt. So kommt es nicht ausbleiben, daß der sehr gute Mittelstürmer Mannheims seiner Mannschaft durch scharfen, gut platzierten Schuß, zum Sieg verhilft. Die Polizei legte sich jetzt wieder mächtig ins Zeug, vermag auch kurze Zeit zu drängen, die verstärkte Verteidigung von Phönix jedoch war auf der Hut und ließ den geenerischen Sturm nur selten zum Schuß kommen. Mit dem Schlußpfiff des Schiedsrichters trennen sich die beiden Vereine mit dem Resultat 2:1 für Phönix Mannheim.

Am kommenden Sonntag spielt Phönix Mannheim in Offenburg gegen den dortigen Fußballverein, während der Polizeisportverein Karlsruhe spielt.

ks. Norddeutsches Bundespostamtsnachricht Nach dem am Sonntag stattgefundenen Übungsspiel hat der Norddeutsche Fußball-Verband seine Mannschaft für das Bundespostamt-Spiel am 22. Februar in Hamburg gegen Süddeutschland, dessen Mannschaft noch nicht festgestellt, wie folgt zusammengestellt: Wentor (Altona 93); Berner (Holtstein-Kiel), Müller (Victoria-Hamburg); Blumberg (St. Pauli Sport-Hamburg), Mahade (Union Altona), Peters (Altona 93); Esser (Holtstein-Kiel), Gebhardt (Altona 93), Hartmann I und II (Victoria-Hamburg), Wolf (Holtstein-Kiel).

Auszug aus dem Ständebuchern Karlsruhe.

Zadrückte. 10. Febr.: Ulke Heberle, 77 Jahre alt, Witwe von Friedrich Heberle, Wiltshöfener, Christen-Brück, 60 Jahre alt, Witwe von Carl Schöffer; Franziska Hillner, 80 Jahre alt, Witwe von Carl Hillner, Brückstr. — 11. Febr.: Franz Kubh, 79 Jahre alt, Baenwäcker a. D.; Juliane Böckle, 56 Jahre alt, Witwe von Eduard Böckle, Schreiner.

Fay's Sodener Mineral-Pastillen gegen Husten, Heiserkeit, Verschleimung. Setzt 40 Jahren glänzend bewährt. Ersetzt mit Sodener Wasser von vorzüglicher Wirkung.

Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

Rotterdams Erdrosselung.

Aus Rotterdam wird uns geschrieben:

Jedes Kind weiß, daß Hollands glückliche Lebenshaltung auf dem Segen beruht, den seine Seehäfen im Lande verbreiten. Ihre günstige Lage verbilligt unsere Einfuhr und Ausfuhr; Verdienst und Konsum sichern dem entlegenen Bauern und Fischer einträgliche Preise. Wenn in normalen Zeiten, d. h. vor 1914, 90 Prozent des Rotterdammer Verkehrs nach und von dem Rhein kamen, so kann man die entscheidende Bedeutung für unser Leben ermessen. Jeder weiß auch, daß die viel belagte Malaise nicht nur mit der Not am Rhein zusammenhängt.

Auch in Belgien ist die Währung mit allen Begleiterscheinungen der Inflation gefallen. Durch den niedrigen Franc wird in Antwerpen viel zu wenig an Hafenfrachten verdient. Dadurch wächst der Verkehr ins Unnatürliche. Die wiederholte Verstopfung der belgischen Bahnen war nur ein — aus Deutschland bekanntes — Symptom des „Ausverkaufs“. Antwerpen ist aber nicht allein leidtragend. Rotterdams gewaltigen Anlagen wird der Verkehr entzogen, sie stehen ungenutzt; Handel und Wandel schrumpfen ein.

Durch einige unangemessene Maßnahmen verstärkt die belgische Regierung diese für uns beide schädliche Entwicklung. Reparationshöfen leitet man gegen die Wirtschaftsgüter über Antwerpen. Die leeren Röhre drücken auf den dortigen Rheinfrachtenmarkt, so daß gegen alle Vermunft von belgischen Häfen die Befrachtungen oft billiger waren als von dem näheren Rotterdam. Obendrein läßt die belgische Regierung einen beträchtlichen Teil der Frachten völlig gratis — zum Schaden der Steuerzahler und Währung — von Antwerpen bis Dordrecht schleppen. Nun ist ja seit 1918 Belgien Mitglied der Zentralen Rhein-Schiffahrtskommission. Als solches ist es verpflichtet alle Verkehrsbeziehungen der Rhein-Schiffahrt gleich zu behandeln. Es kann zweifelhaft erscheinen, ob die kostenlose Schleppkraft, die hauptsächlich dem Straßburger Verkehr zu widmet ist, nicht einen Verstoß gegen den freihandlichen Geist der ehrenwürdigen Rhein-Schiffahrtsakte von 1868 darstellt.

Unzweifelhaft vertritt auch die von Frankreich ebenfalls dem Verkehr nach Straßburg auferlegte „surtaxe d'entropôt“ gegen die Rheinfahrt. Alle Einfuhr über nichtfranzösische Seehäfen wird bekanntlich mit erhöhtem Zoll belegt; eine schwere Schädigung der berechtigten traditionellen Belange Rotterdams im Ostseehandel. Wir sind als edles Transitland in diesem Punkte sehr empfindlich und glauben, daß man uns dies in anderen Transitländern, Italien, der Schweiz, auch in Baden, nachfühlen wird. Frankreich beinträchtigt den Rheinverkehr gegenüber anderen Wegen, was nach der Rheinfahrt rechts und links ist. Obendrein gewährt Frankreich dem Verkehr über Antwerpen die Freiheit von diesem Zoll, allerdings nur für den Import ins Elsass (das eigentliche Frankreich sieht ohnehin in der Rhein-Schiffahrt keine eigenen wirtschaftlichen Belange). So wird die Differenzierung gar in die Rhein-Schiffahrt hineingebracht. Der Erfolg ist, daß Rotterdam im Seehandel Sackburs so gut wie ausgeschlossen ist, an den es früher mit zwei Dritteln beteiligt war. Mit Sorge betrachtet man in Holland auch die Abschmälerung des Rheins bei Straßburg durch den französischen Plan eines Rheinseitkanals (Grand Canal d'Alsace) und die Gefährdung des nach langer Pause eben erst aufblühenden Schiffsverkehrs mit der befreundeten Schweiz.

Es ist an der Zeit, einmal grundsätzlich zu betonen, daß wir den Protektionismus — immer ein Zeichen kaufmännischer Unfähigkeit — als Verbrechen an der freien Entfaltung des Menschengeistes verurteilen. Im Geiste unghenügender Wirtschaft haben gerade wir Freiheit und Schiffahrtsgewohnheiten Niederlande 1868 die Rheinfahrt (auch mit Frankreich) abgeschlossen; in diesem Gebiet verlanen wir ihre Durchführung; der Protektionismus ist unser Tod — frei muß die Schiffahrt sein!

Sind wir machtlos? Ach nein: In der Zentralkommission für die Rhein-Schiffahrt (sie tagt weit genug von Straßburg) haben wir 3 Stimmen, die von Herrn von Esslinga vortrefflich für unser Land und Recht geführt werden. Da schon hat er Beschwerde erhoben. Nicht immer erfolgreich, vor allem, wenn wir französische Makregeln nicht billigen konnten. Hat doch Frankreich in der Kommission 5 Sitze (darunter stets das wichtige Präsidentschaft) zu denen stets 2 belgische Stimmen — oft auch andere — hinzutreten. Mit anderen Interessenten an freier Rheinfahrt — z. B. der Schweiz — verbunden, waren wir meist in der Minderheit, denn Deutschland ist oft trotz guten Willens ein schwacher Bundesgenosse, und wir müssen mit Bedauern feststellen, daß England und Italien oft mehr nach politischen, als schiffahrtlichen Belangen partiell haben. Hoffentlich stellen sie bei der Beratung des Projektes zum Grand Canal die Schiffahrt ehrlich in den Vordergrund.

Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Der Leiter eines der größten deutschen Werke, das schon vor dem Kriege über vorzügliche Auslandsverbindungen verfügte, stellt in einem Mitarbeiter des „Industrie-Kurier“ über die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf den Auslandsmärkten folgende Äußerung zur Verfügung:

„Es ist uns zwar gelungen, unsere Außenhandelsbeziehungen wieder aufzunehmen zu können, jedoch nur zu wachsenden Preisen, weil die Konkurrenz auf allen Auslandsmärkten viel größer und schärfer geworden ist, als vor dem Kriege. Unter den gegenwärtigen Produktionsbedingungen im Inland können wir weitere Preisentfaltungen nicht vornehmen, weil die unerträglich hohen Steuern und die hohen Zölle für Betriebsstoffe jeden Gewinn aufzehren. Da eine Veränderung hier zunächst kaum zu erwarten ist, muß unsere Konkurrenzfähigkeit auf den Auslandsmärkten durch angemessene Steigerung der Produktion im Inland gesichert werden. Persönlich habe ich nichts gegen den Achtstundentag oder gegen eine Regelung der Arbeitszeit, die auch die Interessen der Arbeiter berücksichtigt. Wir haben aber nun seit sechs Jahren die Erfahrung machen müssen, daß die Produktion unter der Herrschaft des Achtstundentages auf allen Gebieten zurückgegangen ist, trotz der zahlenmäßigen Erhöhung der Belegschaft. Wesentlich ist aber, daß wir eine Steigerung der Produktion erstelen, da die Industrie nur dadurch in die Lage versetzt werden kann, bei Subventionen auf den Auslandsmärkten mit der schärfsten Konkurrenz fertig zu werden. Um unsere Werke zu beschäftigen, haben wir wiederholt die Konkurrenz unterboten, aber das findet keine Grenze an den Produktionskosten, die wir unter den heutigen Verhältnissen nicht entfernt herabsetzen können.“

Die In- und Auslandsanleihen der Kommunen.

Ueber die näheren Bedingungen für die Aufnahme von Anleihen durch Kommunen und Kommunalverbände wird offiziell noch folgendes mitgeteilt:

Anlandsanleihen dürfen eine Verpflichtung zur Zahlung von Kapital oder Zinsen in effektiver Auslandsvaluta nicht enthalten. Sie sind grundsätzlich nur auf Reichsmark zu stellen. Sachverhältnisse, für die ein Bedürfnis nicht mehr anerkannt werden kann, werden grundsätzlich nicht mehr zugelassen. Eine Stufung unter 100 RM. hinaus wird nicht mehr bewilligt. Die Ausgabe von Anlandsanleihen soll streng auf das Land beschränkt bleiben, und sowohl der Inhalt der Genehmigungsurkunde wie der Text der Schuldverschreibung haben klar erkennen zu lassen, daß es sich um eine im Inland begebene Anleihe resp. Schuldverschreibung handelt.

Bei Auslandsanleihen sämtlicher Gemeinden und Gemeinverbände, des Deutschen Spar-Kassen- und Giroverbandes, sowie der übrigen kommunalen Sparverbände, — auch soweit sie nicht Gemeinverbände sind, — einschließlich ihrer Bankstellen, ferner der Landesbanken und der anderen Kreditinstitute die dem kommunalen Kreditbedarf und Hypothekendarlehen dienen, als u. a. folgendes:

Die Auslandsanleihen müssen unbedingt produktiven Zwecken dienen, d. h. nur solchen werden Anleihen, die aus Eigenem die Verzinsung und Rückzahlung des investierten Kapitals gewährleisten. Außerdem muß die Bedingung gestellt werden, daß die Ausgabe im Augenblick und bedingt notwendig ist und nicht bis zu einem Zeitpunkt zurückgestellt werden kann, in dem das Kreditbedürfnis in anderer Weise durch Anknüpfung des Auslandsmarktes abgedeckt werden kann. Die effektive Verzinsung darf einen höheren Zinssatz als in der Regel nicht übersteigen, der nominelle Zinssatz in der Regel nicht 7 Prozent. Der Kredit muß in Form einer langfristigen, auf mindestens 10 Jahre abgeschlossenen Anleihe aufgenommen werden, bei der jedoch die Kündigung für den Schuldner spätestens nach fünf Jahren vorzubehalten ist. Den Reparationsorganen steht ein Mitbestimmungsrecht an deutschen im Ausland aufzunehmenden Krediten oder Anleihen nicht zu, es kommt also — darüber sind irrthümliche Ansichten verbreitet — etwa eine Genehmigung des Reparationsorganes für die Ausführung von Darlehen zum Zweck der Verzinsung oder Rückzahlung von ausländischen Krediten nicht in Frage.

Vom Weltgetreidemarkt.

Die Preisgestaltung am Weltgetreidemarkt ist in diesem Frühjahr immer mehr von früher unbekanntem Einflüssen abhängig. War es zunächst die Stellung Nordamerikas als Haupterzeugland für Weizen und Roggen, die der dortigen Spekulation ein Einflußvermögen gab, so hat nun nach ihrem Willen ermäßigter, so war nach Einfuhr der Ernte in den nächsten Getreideerzeugländern der Welt die Tendenz zu verzeichnen, daß die dortigen Exporteure die Gewinne umstülzen bei Verkauf zu nordamerikanischen Bedingungen nachziehen wollten und sich dementsprechende bieten anbot. Inzwischen haben sich aber die Kräfteverhältnisse bei der Verlosung der Getreide bedürftigen Länder infolge der europäischen Verhältnisse und der letzten Woche trug und der Welt sich vor allem auf die Sa-Marktsituation und auf den Weltmarkt. Die Bedeutung dieser Anleihen wird deutlich, wenn demgegenüber die Weltmarktverhältnisse in Betracht gezogen werden. Die Weltmarktverhältnisse sind auf die Weltmarktverhältnisse in Betracht gezogen werden. Die Weltmarktverhältnisse sind auf die Weltmarktverhältnisse in Betracht gezogen werden. Die Weltmarktverhältnisse sind auf die Weltmarktverhältnisse in Betracht gezogen werden.

Vom deutschen Weinmarkt.

Im Weingeschäft zeigt sich gemäß den Ergebnissen der Versteigerungen im allgemeinen erhöhte Preisstendenz, wobei namentlich die hohen Eigenforderungen Geschäftsanbahnungen verfehlen. In Rhein- und Mosel wurden 1924er bei jüngsten Abstellungen mit 500-1200 Mk. das Stück bewertet, 1923er zu 550-900 Mk. und 1924er zu 500-1100 Mk. die 1200 Liter gefaßte, 1924er erzielten 2000-3400 Mk. das Stück. In der Mosel gingen 1924er zu 560 bis 750 Mk. die 1200 Liter über. Am Mittelrhein setzten man in Oberbiedrich 1923er zu 1000-1050 Mk. die 1000 Liter ab. Im Rheingau wurden 1923er zu 550-850 Mk. das Halbfäßt umgelegt. Die Mosel notierte für 1924er in Clotten 550-850 Mk. in Enkirch 700-750 Mk. der mittlere Flußlauf für 1923er 800-850 Mk. und 1924er 750-800 Mk. der untere Flußlauf für 1923er 700-800 Mk., alles das Fuder (960 Liter). In der Rheinpfalz wurden für 1924er Weinmische 400-850 Mk. das Fuder (1000 Liter) angelegt, für Moselmische Jahrganges 380-450 Mk. und darüber. Baden zeigte 1924er zu 75-125 Mk. die Ohm (150 Liter) ab. In Frankreich erlöste man für diesen Jahrgang von 75-130 Mk. die 100 Liter.

Die Versteigerungen nehmen allenthalben guten Verlauf. In Hessen wurden für die Primergenossenschaft Oberingelheim bei 1923er 730-820 Mk. das Stück und 700-530 Mk. das Halbfäßt angelegt. Notgewichte standen entsprechend höher. Bingen lag zwei Auflösungen von Saar- und Moselmischen aus den staatlichen Domänen sowie aus den Rheinmischer Domänen. 1924er Saarer gingen die Flasche zu 4.50-8.30 Mk., 1922er Moselmischer zu 5.10-9.20 Mk., 1921er zu 5.70-8 Mk. (alles Saar) und Niederflöner (Nahe) 1924er die Flasche zu 8.40-11.40 Mk. ab. Bei den Rheinmischer Domänen sahen 1924er Niederflöner 6.20-12 Mk. die Flasche, Hattenheimer 7-9.60 Mk., Seltener 6.70-15.10 Mk., Hochheimer 11-22 Mk., Elmiller 12.70 Mk., Edericher 16.90 Mk., Reinterhofer 26.60 Mk., 1924er Niederflöner 6.20-9.60 Mk., Hattenheimer 7.30-12 Mk., Moselmischer 18 Mk., Elmiller 9-18 Mk., Steinberger 10.50-28.10 Mk., alles die Flasche. Rheinmischer Niederflöner (Mosel) 900-1920 Mk. das Viertelstück (300 Liter). In der Rheinpfalz verfeilte in Delsheim der Kaiser-Minzenberger 12100 Flaschen sowie 10 Faßs und 3 Viertelstück 1923er. Die Flaschen 1923er sowie 3000 Liter 1924er Weinmische. Für die 1922er Flaschenmische wurden 1.10-2.70 Mk. für die 1921er Flaschenmische 4.00-6.10 Mk. die Flasche erzielt, während für die 1923er Flaschenmische bei dem Dr. v. Rastmannschen Weinat in Delsheim, das 25.500 Liter und 21.715 Flaschen 1923er und 10.425 Flaschen 1924er Weinmische auflegte, wurden für die 1923er Flaschenmische pro 1.20-2.910 die 1000 Liter, für die 1924er Flaschenmische pro Flasche 4.10-32 Mk. bezahlt. Einige Mitflöner der Naturweinerzeugerverbände der Mosel fließen ebenfalls in Delsheim eine Auktion ab und boten 29 Halbfäßt und 3 Viertelstück sowie 7700 Flaschen 1922er sowie 10 Faßs und 1 Viertelstück 1923er Weinmische aus. Für die 1923er Weinmische vereinbarte man 850-2850 Mk. für die 1923er 800-1770 Mk. die 1000 Liter, für die 1922er Weinmische 1.20-2.90 Mk.

Weinversteigerung in der Pfalz. Die am Dienstag, den 10. Februar, in Bonn abgehaltene Weinversteigerung der Rheinmischer Genossenschaft von Bonn war sehr gut besucht. Die Gebote waren aber hollig. Zum Ausbeob kamen ansehnlich 7500 Liter 1922er Weinmische, 3000 Liter 1923er Weinmische, 5700 Liter 1924er Weinmische, 2500 Liter 1925er Weinmische. Für 1924er Viertelstücke (Weißkletterna) und 16.800 Liter Weinmische. Für 1000 Liter 1923er Weinmische wurden bis zu 970 Mark, für 1922er Weinmische bis zu 700 Mark, für 1924er Weinmische ebenfalls bis zu 700 Mark, für 1924er Viertelstücke 405 und 410 Mark und für 1923er Weinmische bis zu 400 Mark bezahlt.

a. Selbsteberger Aktienbrauerei vorm. Klein in Delsheim. Auf Antrag der Rheinischen Kreditbank Mannheim sind 500.000 RM. vollbezahlte Inhaber-Stammaktien Nr. 1801-2300 zum Handel und zur Rückführung an der Mannheimer Börse zugelassen worden. Ueber den Geschäftsgang des laufenden Geschäftsjahres wird in dem Jahresabschlussbericht an der Eröffnung eines höheren Vertriebsjahres und eines guten Gesamtverlaufes. Die Preise für fast alle Rohmaterialien, insbesondere für Gerste, Malz und Hopfen sind in letzter Zeit in fortwährender Steigerung begriffen.

Die Lage des Zuckermarktes.

Die erste Februarwoche brachte von neuem unruhiges Wetter mit teilweise ziemlich erheblichen Niederschlägen. Am Donnerstag, den 12. Februar, blieb der Verkehr weiter in mäßigen Grenzen. Zu Beginn der Verhandlungen wurden einige Partien nach Chicago zu 11.30, der Zentner ohne Sach, 75 Prozent Nennwert ab holländischer Rohzucker, und zu 11.10 der Zentner, ohne Sach, 75 Prozent Nennwert, ab holländischer Rohzucker, in beiden Fällen an Raffinerien abgeben. Rohzucker 98 Prozent Nennwert, ungeschleift zu 14.25 und 14.40 Mark der Zentner, ohne Sach, ab holländischer Rohzucker, im Laufe der Woche die Zentner; Rohzucker waren ebenfalls holländischer. In Verhinderung der Verkaufteile des Zuckermarktes in den letzten Tagen der Woche zu 17.50 Mark der Zentner mit Sach, ohne Steuer. Zu diesen Preisen konnte man geteilt weiter kaufen. Danach erzielten die Zuckerwaren Raffinerien ihren besten Preis für die Woche am 12. Februar auf 17.25 Mark und für April-Mai-Versteigerung auf 17.30 Mark der Zentner, ohne Sach und Steuer. Im allgemeinen kann man die Haltung der Preise als gut bezeichnen, dagegen will es scheinen, als ob die Stimmung und die Kaufkraft seit Montag eher etwas ruhiger geworden wäre.

Am 12. Februar ist die Lage des Zuckermarktes im allgemeinen ruhig, wobei die Preise den vorherigen Gewinn zum größten Teil wieder hergeben. In New York trug man den weiteren Ausschüttungen von 4.000.000 Ton. der Vereinigung der Raffinerien und Geländes, sowie von 4.800.000 Ton. der russischen Regierung Rechnung. Die erste hat man in dieser Höhe erwartet, die letztere erklärt man, damit, daß die Regierung die anfänglich niedrigeren Anbeuten der Erzeugung zurückerhalten hat. In London kamen beträchtliche Umsätze zustande. Zudem wurde unruhige Kritik. Zwischen Polen und Rußland kamen ebenfalls Verkäufe zustande.

Vom süddeutschen Eisenmarkt.

Der Umfang, daß von süddeutscher Seite mit der Erstellung neuer Aufträge bei westdeutschen Werken allgemein zurückgehalten wurde, ist als Beweis dafür aufzufassen, daß man den voraussetzlichen Bedarf für das Frühjahrsgeschäft vollkommen eingebeugt hat. Zum Teil will man sich in den Kreisen der süddeutschen Großhändler mit Ware auch nicht überladen, weil man befürchtet, daß das Baujahr noch nicht jene Mengen absorbiert, mit denen man allgemein gerechnet hatte. Dazu kommt, daß die Bestände in jenen süddeutschen Werken noch stark sind, die vor dem Ausbruch der Zollkrise an den süddeutschen Markt gelangt sind. Kurz und gut, man nimmt abwartende Haltung ein, bis sich die Verhältnisse sehr geklärt haben bzw. ein besserer Ueberblick über die weitere Gestaltung der Tendenz und des wirklichen Bedarfs möglich ist. Daß manche westdeutsche Werke wieder geneigter sind, Aufträge anzunehmen, wie vor Wochen, läßt überdies der Vermutung Raum, daß man nicht mit weiterer Vertiefung des Marktes rechnen. Man kann heute Stabeisen, schmiedbar Oberhausen, immer noch zu etwa 135 Mark und etwas mehr kaufen, so daß Veränderung in den Preisen nicht erfolgt ist. Die Süddeutsche Eisenzentrale hat neue Lagerverkaufspreise mit Wirkung vom 1. ds. Mts. ab herausgegeben, die je nach Sorte für Formeisen auf 21.10-23.90 Mark, für Mittelbleche auf 23.60-26.40 Mark, für warmgewaltes Paneeisen auf 23.10-25.90 Mark, für Grobbleche auf 21.10-23.00 Mark, für Mittelbleche auf 23.60-26.40 Mark, für Feinbleche unter 1 Millimeter 30-32.50 und für desgl. von 1-3 Millimeter auf 28.50-31.50 Mark je 100 Kilogramm lauten. Auf diese Preise erhalten die Kleinhändler und Großverbraucher einen Rabatt.

Die süddeutsche Automobilindustrie war in jüngster Zeit mit befriedigendem Bedarf am Werke, es halten aber auch Maschinenfabriken und Kesselfabriken ziemlich befriedigende Nachfrage nach greifbarer Ware gehalten, weil alle diese Großverbraucher über keine größeren Lager verfügen. Die Schiffswerke stellen weniger gute Anforderungen an den Markt, und auch bei den Waggonbauanstalten war der Verbrauch nicht regulär. Von Blechen wurden Feinbleche am häufigsten beansprucht, es war aber auch der Absatz von Mittelblechen lebhaft, während der Absatz von Grobblechen viele Wünsche offen ließ. Bei Hüttenland infolgedessen eine Erhöhung der Preise statt, als die bisherige Rabattstufe von 3 und 4 Prozent fortlassen; bestehen bleibt nur der Händlerrabatt von 4 bzw. 2½ Proz. auf Gas- bzw. Siederöhren. Am Markt für Schrott traf man im allgemeinen mäßige Stimmung an, die mit der größeren Kaufkraft der heimischen weisfälligen Werke zusammenhängt, die mit einer weiteren Senkung der Preise rechnen zu können glauben. Für Stahlstahl sind nur in Ausnahmefällen noch 70-80 Mark für die Tonne, drei Bahnanlagen westdeutscher Verbraucherstationen, erzielt worden, neuerdings sind kaum noch 78 Mark erzielbar. Am Markt in Gubbrugg ist es nahezu zu vollkommener Abschüttung gekommen, nachdem die Gießereien ihren Einkauf fast völlig eingestellt haben, bzw. nur für den dringendsten Bedarf kleinere Posten kauften, wobei ausschließlich nur beste Sorten in Frage kamen.

Industrie und Handel.

Das Kontroversverfahren über das Vermögen der Firma Sports Peter, Wilhelm Wilder in Karlsruhe, ist eröffnet worden. Kontroversforderungen sind bis zum 20. März anzumelden. Prüfung am 1. April beim Amtsgericht A 1 in Karlsruhe.

Expeditions- und Lagerhaus A. G. in Völklingen. Das Grundkapital ist auf 6000 RM. umgestellt worden.

Der Verein Deutscher Temperiermaschinen hat in seiner letzten Vollversammlung nach erneuter Revision der Geschäftsstatuten beschlossen, alle Temperiermaschinen mit Wirkung vom 15. Februar 1925 ab um 8 Prozent jedoch mindestens um 6 Mark die 100 kg zu erhöhen.

Kohlenauswertung Bamag-Meguin-Büttner, G. m. b. H., Berlin. In dieser Gesellschaft haben sich die oben genannten Firmen zusammengeschlossen, um die im Konzern vorhandenen Erfindungen an dem Gebiete der Brennstoffauswertung und Verbrennung an einer Stelle zu vereinen. Es handelt sich hier besonders um die Apparate für den Kohlendienst für Braunkohle oder Steinkohle, Brechanlagen, Trocknungsanlagen, Mahlanlagen, Staubfänger-Anlagen und Staubverbrennungs-Apparate. Zum Geschäftsführer wurde Direktor Max Weiß, bisher Oberingenieur der Büttner-Werke A. G. in Berlin, als A. R. bestellt. Neben anderen deutschen Aufträgen ist der Gesellschaft auch ein größerer Auftrag für französische Lignite übergeben worden.

Edel-Ausstellung 1925. Der Edel-Verband deutscher Kaufmännischer Genossenschaften e. V., als Spitzenorganisation von 530 Einzelgenossenschaften deutscher Kolonialwarenhändler, hat am 8. und 9. Juni d. J. seinen 17. Verbandstag in Köln abgehalten. In dem dortigen ordentlichen Generalversammlungen der Delegierten e. V. m. b. H. und der Edelabteilung e. V. m. b. H. statt. Mit diesen Tagungen, zu denen mit einem Besuch von circa 2000 Mitgliedern der über das ganze deutsche Reich verbreiteten Edel-Dramatik angetreten wird, ist die vom 6. bis 14. Juni 1925 in den Messehallen von Köln-Deutz stattfindende „Edel-Ausstellung für Kolonialwaren und Lebensmittel 1925“ verbunden. Diese Veranstaltung, zu der die Raffinerien der gesamten Nahrungsmittelindustrie und die Firmen aller wichtigerer und unmittelbarer mit dieser in Zusammenhang stehenden Industriezweige zugelassen werden, dürfte sich eines ungewöhnlich großen Besuches erfreuen, weil zu dieser Zeit in Köln die Feier der tausendjährigen Anabiederzeit der Rheinlande zu Breiten bekannt werden wird. Maßnahmen von Interesse für die Ausstellung sind möglicherweise auch die Edel-Verband deutscher Kaufmännischer Genossenschaften e. V., Berlin-Wilmersdorf, Badensche Straße 48/44 zu richten.

